

Gemeinderätin Mag. Astrid Schleicher  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 16.03.2016

Betreff: Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern  
**Dringlicher Antrag**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Es war nur eine Frage des Zeitpunktes. Nach den Sexualdelikten in den Schwimmbädern der Städte Salzburg, Korneuburg und Wien, wo es gar zu einer Vergewaltigung eines zehnjährigen Buben durch einen Iraker gekommen, hat vor wenig mehr als zwei Wochen auch unsere Stadt Graz den ersten offiziellen Fall von sexueller Belästigung zu vermelden. Fälle von Vergewaltigung oder Körperverletzung sind bisher nicht bekannt geworden. Erst im vorletzten Gemeinderat hat die FPÖ anlässlich der Vorfälle in Deutschland und Österreich in der Silvesternacht einen Dringlichen Antrag eingebracht, der auch die sexuellen Übergriffe in österreichischen Bädern zum Inhalt hatte. Die Forderungen der FPÖ nach einem Hausverbot für Asylwerber ohne Begleitperson und nach Installierung eines Sicherheitsdienstes in Grazer Schwimmbädern wurden von ÖVP, KPÖ, SPÖ und den Grünen kommentarlos abgelehnt.

Nun wurde die Stadt Graz von der Realität eingeholt, und mit ihr, so hoffe ich zumindest, auch ihre gewählten Vertreter. Kleine Kinder sind davon überzeugt, niemand könne sie sehen, wenn sie sich ihre Augen zuhalten. Dieses Phänomen wurde in der Kinderpsychologie inzwischen eingehend erforscht und kann ausreichend begründet werden. Nun soll es aber auch Menschen geben, die glauben, wenn sie Probleme nicht artikulieren, würden diese auch nicht existieren. Bislang ist mir nicht bekannt, dass Psychologen auch dahingehend forschen.

Leider bewahrheiteten sich mittlerweile die traurigen Befürchtungen, die die FPÖ in diesem Saal klar thematisiert hatte, zum wiederholten Mal. Anstatt endlich zu handeln, zieht es ein Großteil der in diesem Saal anwesenden Politiker vor, die Forderungen der Freiheitlichen Partei als Provokation, als Hetze und als Schauermärchen zu verunglimpfen. Aber weder die Grazer Bürger noch die Wähler im restlichen Österreich lassen sich von dieser Politik des Tarnen und Täuschens noch blenden.

Wenn die Holding Graz nach einem derart ungeheuerlichen Fall von sexueller Belästigung nichts Besseres zu tun weiß, als ihre Mitarbeiter zu interkulturellen Schulungen zu schicken, dann hinterfrage ich die Führung dieser städtischen Tochtergesellschaft. Herr Bürgermeister, der Bürgerbefragungen zu Umweltzone und Reininghaus könnte demnächst eine weitere folgen. Fragen Sie doch die Grazer, ob sie mit ihrem Steuergeld interkulturelle Schulungen für Mitarbeiter der städtischen Schwimmbäder finanzieren wollen, oder ob sie lieber einen effektiven Sicherheitsdienst haben möchten. Fragen Sie die Grazer, ob sie mit ihrem Steuergeld finanzierte in zehn Sprachen

übersetzte und reichlich gebildete Baderegeln möchten, oder ob sie lieber ein Hausverbot für Asylwerber ohne entsprechend ausgebildete Betreuungspersonen haben möchten. Wenn es die gewählten Vertreter der Grazer Bürger weiterhin vorziehen wollen, zu den von der FPÖ als dringlich erachteten Angelegenheiten in unserer Stadt zu schweigen, dann sollten sie den Wählern in dieser Stadt schon jetzt – und nicht erst bei der nächsten Gemeinderatswahl – die Möglichkeit geben, die Entscheidungen zu treffen, zu deren Findung sie nicht den Mut haben bzw. zu deren Umsetzung eben diese Vertreter nicht in der Lage sind. Sparen wir uns das Geld für interkulturelle Schulungen, denn auch die werden nichts daran ändern, dass der tägliche Einzelfall jeden Menschen mit Hausverstand vom Gegenteil überzeugen wird.

Es ist allerhöchste Zeit, dass die Frauen und Kinder, die in unseren Kulturkreis hineingeboren wurden, die nach den zivilisierten Regeln einer europäischen Gesellschaft zu leben bereit sind, vor jenen Menschen geschützt werden, die das nicht können oder wollen, die auch unter dem Vorwand, ihr Leben wäre in ihrer Heimat in Gefahr, zu uns gekommen sind. Menschen, die tatsächlich um ihr Leben fürchten, handeln so nicht.

Noch vor einem Monat hätte die Warnung lauten können: Graz darf nicht Salzburg, Korneuburg oder Wien werden. Dafür ist es nun jedenfalls zu spät. Andere Gemeinden werden jetzt sagen: Wir dürfen nicht Graz werden!

Es müssen Maßnahmen getroffen werden, die dazu geeignet sind, das Sicherheitsgefühl zu erhöhen und im Anlassfall vor allem den Schutz von Frauen und Kindern zu gewährleisten. Interkulturelle Schulungen und gebildete Badeordnungen werden wohl nicht den gewünschten Effekt erzielen.

Aus diesen Überlegungen ergeht daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

### **Dringlicher Antrag**

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, sämtliche Möglichkeiten zur Einrichtung eines Sicherheitsdienstes in städtischen Schwimmbädern zu prüfen und das Ergebnis dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung mitzuteilen.**
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, ein Hausverbot für Asylwerber ohne entsprechend ausgebildete Betreuungspersonen rechtlich zu prüfen und sodann zu erarbeiten. Dieses Hausverbot wird umgehend für sämtliche Schwimmbäder der Stadt Graz sowie für öffentliche Sportanlagen, die mit einer Duschköglichkeit ausgestattet sind, ausgesprochen.**
- 3. Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, innerhalb seiner Ressortverantwortlichkeit in der Abteilung Grünraum und Gewässer eine Evaluierung sämtlicher Parkanlagen in Hinblick auf ausreichende Ausleuchtung unter Mitwirkung der Bevölkerung mittels einer Online-Umfrage zu erstellen und dem Gemeinderat vorzulegen. Die Evaluierung hat auch – wie das Beispiel Volksgarten zeigt – Beleuchtungskonzepte mit alternativen Systemen wie etwa lautstärkeempfindlichen Beleuchtungskörpern zu beinhalten.**